Ein Angebot von FUNKE

Mein Konto

Meine Stadt | Mein Verein | WR Politik Sport Lokalsport Panorama

Home Lokales Ennepetal / Gevelsberg / Schwelm Höhere Gewerbesteuer statt Grundsteuer? Schwelm diskuti

Politik

Höhere Gewerbesteuer statt Grundsteuer? Schwelm diskutiert Alternativen

Schwelm. Die Grundsteuer B soll hoch. Der Vorschlag der Stadt stößt aber auf Gegenwind. Linke und AfD wollen das Problem jeweils anders lösen.



Von Katleen Diekgraefe, Redakteurin
16.01.2026, 17:00 Uhr



In Schwelm laufen aktuell Diskussionen über die Grundsteuer: Aufgrund der kritischen Finanzlage möchte die Stadtverwaltung die Steuern erhöhen. (Symbolbild)
© dpa | Jens Büttner

Diesen Artikel vorlesen lassen:
06:49 1x
BotTalk

Neues Jahr, neue Grundsteuerbescheide: Die Stadt Schwelm plant für dieses Jahr nicht nur, die Grundsteuer B anzuheben, sondern auch wieder einen einheitlichen Hebesatz festzulegen. Ein Vorschlag, der während der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15. Januar für reichlich Diskussion sorgte.

Zum Hintergrund: Im vergangenen Jahr hatte sich der Stadtrat dazu entschieden, unterschiedliche Hebesätze für Wohngrundstücke (826 Prozent) und Nichtwohngrundstücke (1620 Prozent) festzulegen. Ein Gesetz des Landes NRW machte diese Differenzierung möglich. Doch diese Entscheidung hat nun ein Verwaltungsgericht der Stadt Gelsenkirchen als rechtswidrig beurteilt. Aus Sorge, dass weiter gegen die Differenzierung der Hebesätze geklagt wird, will die Stadt wieder zu einem gemeinsamen Hebesatz zurückkehren.

Und dieser soll zudem erhöht und einheitlich auf 1280 Prozent festgesetzt werden – zumindest bis zur finalen Klärung der Rechtmäßigkeit der Differenzierung. Genau bedeutet dieser Vorschlag: Bei Wohnobjekten steigen die Kosten künftig um 55 Prozent, Nichtwohnobjekte zahlen 21 Prozent weniger. Dadurch würden rund zwei Millionen Euro mehr an Erträgen für die Stadt zusammenkommen. Geld, das dringend benötigt wird.

Auch interessant



Steuern rauf: Jetzt wird es für Schwelmer Wohneigentümer und Mieter teurer

Dass die rechtliche Lage der Differenzierung aufgrund des Urteils unklar ist – diese Ansicht teilen viele der Fraktionen mit der Verwaltung. „Der Verzicht ist eine Vorsichtsmaßnahme“, erklärt Michael Müller (CDU). Sobald es wieder möglich sei, würde die Fraktion aber für die geteilten Hebesätze stimmen. Dem schließt sich auch Thorsten Kirschner (SPD) an und fügt noch hinzu: „Wir haben keine Freude daran, die Steuern zu erhöhen, aber sie sind ein notwendiges Übel für die Finanzierung.“ Michael Schwunk (FDP) kritisiert jedoch, dass die Fraktion nicht über eine Grundsteuererhöhung entscheiden wolle, wenn „wir nicht gesehen haben, wofür das Geld ausgegeben wird“.



Das Rathaus in Schwelm: Hier tagte der Haupt- und Finanzausschuss. Der Rat wird am 29. Januar zu dem Thema Grundsteuererhöhung eine Entscheidung fällen müssen.
© Alisa Schumann | Alisa Schumann

Die Linke: höhere Gewerbe- statt Grundsteuer

Der Vorschlag der Grundsteuererhöhung befasse sich nicht mit dem sozialen Risiko für die Bevölkerung, betont Dominik Hoffmann (Die

Linke). „Wenn man versucht, knapp 2,5 Millionen Euro von den privaten Haushalten zu holen, dann bedeutet das auch sehr viel höhere Wohnkosten.“ Der neue Hebesatz würde für ein Eigenheim durchschnittlich rund 400 Euro mehr im Jahr bedeuten. Für die durchschnittliche Mietwohnung könnten Mieter knapp 100 Euro mehr im Jahr zahlen müssen, so die Linke. „Die Grundsteuer ist eine regressive Steuer und sie trifft die Leute unterschiedlich. Jemand, der gut verdient, für den sind 100 Euro nicht viel. Für jemanden, der jetzt schon die Haushaltsplanung gemacht hat, ist es sehr viel. Gerade für Rentner und Alleinerziehende“, betont Hoffmann.

ANZEIGE

Für den Ernstfall bereit

Mit dem Vorsorgeordner „Alles geregelt!“ behalten Sie den Überblick und geben Angehörigen Sicherheit.



Folgen Sie der WP in Schwelm, Ennepetal und Gevelsberg auf Facebook, Instagram und Whatsapp oder abonnieren Sie unseren Newsletter.

Die Linke stellt deswegen einen Gegenvorschlag: Sie beantragt, die Hebesätze weiterhin getrennt voneinander festzusetzen – bis ein rechtskräftiges Urteil gefällt wurde. Die Hebesätze der Grundsteuern A und B sollen nicht angepasst werden. Stattdessen soll die Gewerbesteuer um 10,1 Prozent auf 545 Punkte erhöht werden. Diese wurde nämlich seit zehn Jahren nicht mehr erhöht, wie die Fraktion betont. Durch den Schritt könnte sich für die Stadt, so die Linke, ein Plus von knapp zwei Millionen Euro ergeben.

AfD will Grundsteuer nur bis 1050 Punkte erhöhen

Auch von der politisch anderen Seite kommt Gegenwind gegen den Vorschlag der Verwaltung. Die AfD-Fraktion lehnt den Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer B auf 1280 Punkte zu erhöhen, ab.

Der Hebesatz solle stattdessen auf maximal 1.050 Punkte festgesetzt werden. Das bedeute ein Plus für Wohnobjekte um 27,1 Prozent und ein Minus für Nicht-Wohnobjekte um 31,1 Prozent, wie die Fraktion erklärt. Die Gewerbesteuer solle stattdessen moderat um 10 Punkte angehoben werden. So sei die Belastung nicht so stark und hätte trotzdem positive Auswirkungen auf den Haushalt, erklärt André Paffrath (AfD).

Aber: Mit dem Vorschlag könnte die Stadt nur rund 700.000 Euro mehr einnehmen – und damit deutlich weniger als die angedachten zwei Millionen, kritisiert Dominik Hoffmann im Ausschuss. „Die Zahlen stimmen, aber es gibt noch viele Dinge, die auf den Prüfstand müssen“, erklärt André Paffrath. Denn die AfD-Fraktion will auch, dass die Verwaltung sämtliche freiwillige Leistungen auf Einsparpotenziale prüft. „Wir haben viel Arbeit vor der Brust, wenn es darum geht, auf freiwillige Maßnahmen zu verzichten und Dinge auf den Prüfstand zu stellen, die wir ungern draufstellen, wie unser Heimatfest zum Beispiel.“

Lesen Sie auch:

- Winterparkplätze an Mittelstraße: Individuelle Bedarf ist entscheidend
- Ennepetal: Aus der Martin-Luther-Kirche soll ein Gasthaus werden
- Pläne für große Neubausiedlung in Ennepetal: Anwohner wollen Vorhaben verhindern
- Ennepetal: Dieser Wasserrohrbruch sorgt für besondere Probleme
- Elektronik und Techno: Schwelmer planen neue Partyreihe in der Stadt
- Hundekot in Schwelm: Zahlt bald jeder für die Entsorgung?
- Trauer in Silschede: Reinhardt Pfleging im Alter von 87 Jahren

Keine Erhöhung der Gewerbesteuer – Entscheidung vertagt

Wo sich die beiden Anträge zumindest etwas gleichen, ist bei der Anpassung der Gewerbesteuer. Ein Mittel, das die Verwaltung aktuell noch nicht vorgeschlagen hat. Warum nicht?

„Im Vorjahr hatten wir bei der Gewerbesteuer deutliche Schwierigkeiten, überhaupt unseren Ansatz zu erreichen. Natürlich kann ich eine größere Ordnung hereinschreiben, aber bei der unsicheren Konjunktur ist es eine sehr unsichere Haushaltsmaßnahme“, erklärt Kämmerin Marion Mollenkott. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer sei im Haushaltssicherungskonzept (HSK) aber für die weiteren Jahre vorgesehen. „Die Grundsteuererhöhung ist eine Maßnahme, die wir seit mehreren Jahren im Haushaltssicherungskonzept (HSK) haben“, erklärt sie weiter.

„Wir sind im vierten Jahr einer Stagnation“, so Michael Schwunk (FDP). Die Gewerbesteuer anzuheben sei deswegen keine Möglichkeit. „Wir müssen Unternehmen nach Schwelm bekommen und nicht die Hebesätze erhöhen.“ Auch Jürgen Kranz (SWG/BfS) äußert eine ähnliche Meinung: „Die Gewerbesteuer gehört zu den wichtigsten Säulen in der Finanzierung. Ich finde es schwierig, wenn man dort versucht, die Daumenschrauben noch enger zu ziehen.“

Eine Entscheidung fällte der Haupt- und Finanzausschuss am 15. Januar noch nicht – weder zu den Anträgen der Linken und AfD noch zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Der Sachverhalt wurde in die Ratssitzung am 29. Januar vertagt. Fest steht wohl, dass es eine Erhöhung geben wird. „Das Aussetzen der Grundsteuererhöhung ist keine Option“, betont Bürgermeister Stephan Langhard noch einmal klar.

ZUR STARTSEITE ›

Das Beste aus WR Plus



Finanzen in Hagen

Ganz im Sinne von Hagen: Städtetag erhöht den Druck auf Düsseldorf

Die Finanzlage in Hagen spitzt sich dramatisch zu, während der Städtetag mehr Unterstützung vom Land NRW fordert. Droht bald der Kollaps?

Martin Weiske



Kommunalpolitik

In der Diskussion: Baut Schmallenberg bald doch selbst Windräder im Stadtgebiet?

Schmallenberg blickt auf Rekordminus. Jetzt soll ein möglicher Weg geprüft werden, der nicht allen gefällt: Kann Windenergie die Lösung sein?

Katharina Kalejs



Handwerk

„Kipppunkt erreicht“: Darum leidet das NRW-Handwerk besonders unter Nebenkosten

Obwohl sich Bund und Land für die Infrastruktur-Milliarden auf Pump feiern, beklagt das NRW-Handwerk falsche Weichenstellungen.

Timo Küsters



Verkehrsüberwachung

„Fiskalische Interessen“: Wird in NRW bald häufiger für die Stadtkasse geblitzt?

NRW will mit einer Gesetzesreform die Kompetenzen der kommunalen Ordnungsbehörden ausweiten. Was heißt das für die Verkehrsüberwachung?

Tobias Blasius



Verbandsbeiträge

„Seid weg von uns!“ Kritik im HSK an FLVW-Beitragserhöhung ist massiv

Verdoppelte FLVW-Beiträge: Was bedeutet das für die Vereine im Sauerland? Funktionäre stellen sich den Fragen der Basis. Doch die Sorgen bleiben groß.

Elmar Redemann



Stadtentwicklung

Wirbel um Neubauprojekt in Ennepetal: Anwohner wütend über Fällung alter Bäume

Obwohl es nicht auf der Tagesordnung stand, wurde im Ausschuss lange über das große Vorhaben auf einer Grünfläche am Büttenberg diskutiert.

Hartmut Breyer

FUNKE Mediengruppe

Anzeigen

Service

Online Werben

Ratgeber & Wissen

WR

Aktuelle Nachrichten, Sport und Kultur aus Westfalen.

IMPRESSUM BARRIEREFREIHEIT DATENSCHUTZERKLÄRUNG DATENSCHUTZCENTER
NUTZUNGSBEDINGUNGEN KI BEI FUNKE ABO KÜNDIGEN MELDEVERFAHREN POLITISCHE WERBUNG

Eine Webseite der **FUNKE** Mediengruppe

© 2026 FUNKE Mediengruppe